

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unerfahrene eingetragene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Robert Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Neuerster starker Artillerietampf in Flandern.

Im letzten Monat: 42 000 Gefangene im Osten.

Amst. G. Großes Hauptquartier, 18. August.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Auf dem Schlachtfeld in Flandern belegte sich der Artillerietampf an der Spitze und nördlich von Ypern wieder zu äußerster Heftigkeit. Somit blieb das Feuer geringer als in den letzten Tagen.
Weilerleits der Bahn Boesinghe—Staden führte der Feind nachmittags einen starken überaus heftigen Artillerietampf, bei dem Rangemare nach erbittertem Kampf verloren ging. Die liegen in flachen Bogen um das Dorf.
Im Artois stellten sich unter starkem Feuer englisches Kampfbataillon nordwestlich von Lens bereit. Unter Beschuss der Artillerie zogen sich die Engländer zurück. Nachfolgende schwächere Verstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Seceresgruppe Deutscher Kronprinz.
Am Chemin-des-Dames lebhafteste Artillerietätigkeit bei Cerisy, in der Wschampagne besonders am Aillyberg, südwestlich von Reims.
In der Nordfront von Verdun setzte der Feind am 11. und 12. August wieder mit voller Kraft ein und hielt gefestigt bis tief in die Nacht an.

Durch Stiller und Hühnergeschick wurden 28 feindliche Flugzeuge und 4 Heftballone brennend zum Abbruch gebracht. Oberleutnant Döcker erlangte seinen 26. Offiziersbeförderungsbefehl. Major Müller seinen 22. Leutnant Ostermann durch Wülfchen des 13. und 14. Heftballons seinen 29. und 30. Luftst. Oestlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Rhee und Schwarzem Meer blieb bei kleinen Vorstoßgefechten und meist mäßigem Feuer die Lage unverändert.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

fährte am 16. 8. ein Angriff der Reichsarmee, umgürtet von der Front der Verbündeten, zu vollstem Erfolge. Der Feind wurde aus verhängten Stellungen in die Flucht geworfen und blühte neben hohen blutigen Verlusten über 1000 Gefangene, 1 Geschütz und 18 Maschinengewehre ein.

Seit dem Beginn der Operationen im Osten am 19. Juli sind in Ostgalizien, der Bukowina und Moldau in die Hand der verbündeten Truppen geflossen: 635 Offiziere, 41 300 Mann, 237 Geschütze, 146 Maschinengewehre, 101 Eisenwerke, 50 000 Gewehre.
Im Kriegsgesamt wurde erbeutet: Große Munitionsmassen, 25 000 Gasmasken, 14 Panzerkraftwagen, 15 Kraftmaschinen, 2 Panzerzüge, 6 beladene Eisenbahnzüge, außerdem 26 Lokomotiven, 213 Panzern, mehrere Flugzeuge, große Mengen an Fahrzeugen und erhebliche Lebensmittelvorräte.

Besonders anerkannt ist hervorzuheben, daß bei den letzten Kämpfen die Munitionskolonnen und Trains sowie die Eisenbahn- und Kraftfahrtruppen trotz höchster Anforderungen den für die Kampfführung so wichtigen Verkehr von und zur Front nicht demäßig haben. Durch unerschütterliche Anstrengungen und treue Hingabe von Offizieren, Beamten und Mannschaften konnten alle Transportverhindernisse planmäßig beseitigt werden und die kämpfenden Truppen jederzeit mit dem nötigen Nachschub an Munition, Verpflegung und sonstigem Kriegsgüter versorgt werden; im Osten trotz des über mehrere Etappen hinweg weit ins Hinterland reichenden feindlichen Feuers, im Osten trotz aller Hindernisse, die Land und Wetter bei den unangenehmen Zuständen bereiten.
Der Erste Generalartilleriemeister.
Zudemort. (W. I. S.)

Eine Unterredung mit dem neuen Staatssekretär des Reichspostamts.

Von Erieh Dombrowski.

Der neue Staatssekretär des Reichspostamts, Excellenz Müdlin, hatte die Lebenswürdigkeit, mich heute zu einer längeren Unterredung zu empfangen. Ich fragte ihn zunächst, ob die von der kaiserlichen Postverwaltung beabsichtigte Überführung der Postgebühren der Lasten entlasten. Zwar seien diese Überhebungen längst von Berlin aus demontiert worden, aber die bayerischen Länder hätten sie dennoch unentgeltlich erhalten. Der Staatssekretär erwiderte darauf: „Eine Erhöhung der Postgebühren wird zurzeit nicht geplant. Wenn von München aus eine derartige Resolution vorliegt, so kann sie sich nur darauf stützen, daß bekanntlich die auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Juni 1916 am 1. August 1916 in Kraft getretene Reichsgesetzgebung nach Vorbericht des Gesetzesratens nach Ablauf des zweiten Reichstages nach Friedensschluß aufzuheben ist, wenn es der Reichstag verlangt, und daß es demgemäß wohl selbstverständlich ist, wenn sich die Reichspostverwaltung schon jetzt mit der Frage beschäftigt, ob und was für den Fall des Bestehens jener Abgabe an deren Stelle zu treten hat. Dann es wird wohl kaum jemand annehmen, daß unsere Finanzlage nach dem Kriege uns gefahrlos, auf jene Einnahme ganz zu verzichten, es kann sich vielmehr immer nur darum handeln, die Reichsgesetze in einer passenden Form mit den Gebührens zu vereinigen.“

Im Anschluß daran fragte ich, ob es in Aussicht genommen sei, mit Bayern eine neue politische Vereinbarung zu treffen. In Bayern befinde man sich jedenfalls darüber, daß das bestehende Verrechnungsverfahren auf Grund der Bevölkerungsgröße und der entsprechenden Abgabe der Reichspost an die Reichsfinanzverwaltung Bayern benachteilige. Der Staatssekretär antwortete:

„Mit Bayern sind gegenwärtig keine Verhandlungen im Gange, und es haben auch im Reichspostamt über den Verrechnungsvertrag noch keine Erörterungen geschmet. Die Verhältnisse liegen heute so, daß je größer die Lieferhöfe der Reichspostverwaltung sind, die in die Reichspost fallen, um so höher auch der entsprechende Beitrag Bayerns aus seinen politischen Einnahmen an das Reich ist.“

Darauf kam ich auf die Frage des Westpostvereins zu sprechen. „Ich es“, fragte ich, „von Deutschland her, daß auch diese Frage in den Friedensverhandlungen beachtet werden muß, ob man die Post der Ostpost als vornehmlich zu behandeln kommt, höhere Tarife für den Transport zu leisten, um den Transportkosten, die die Schiffsräume und die Verteuerung der Schiffsbauten verurlichen, gerecht zu werden? Der Staatssekretär erklärte:

„Über die künftige Gestaltung des Westpostvereins läßt sich heute noch gar nichts sagen. Es ist natürlich nicht unmöglich, daß auch diese Frage in den Friedensverhandlungen beachtet werden wird. Bedenken Sie aber, daß kaum irgendwelche internationale Verhandlungen über Spezialfragen zu führen zu sein pflegen, wie die politischen. Meist einige man sich schließlich auf ein Kompromiß. Ich erinnere nur an die deutschen Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Das provisorische Ergebnis wurde vom Jahre 1908 ab jedesmal immer bloß um ein Jahr verlängert. Es ist, ganz allgemein gesagt, natürlich nicht ausgeschlossen, daß wenn der Westpostverein wiederhergestellt wird, auch höhere Tarife für den internationalen Postverkehr vereinbart werden, nachdem eine Reihe der kriegsgefährdeten Staaten ihre Postgebühren nicht unmaßstäblich erhöht hat. Es könnte dann sein, daß man einen dahingehenden Ausgleich antreiben würde.“

„Eind“, fuhr ich fort, „Organisationen innerhalb des gesamten deutschen Postbetriebs in Aussicht genommen? Die Post der Ostpost als vornehmlich zu behandeln, ihre Aufgaben zu einem Teile der größeren Postämtern übertragen und dadurch eine Vereinfachung des Behördenapparats herbeiführen? Der Staatssekretär sagte:

„Daß ich das Respekt der Reichspostverwaltung übernehmen hätte mit der Absicht, dort eine umfassende Neuorganisation vorzunehmen, ist eine Idee, die Anstehende mich angeht, werden nicht. Bedenken Sie aber, daß kaum irgendwelche internationale Verhandlungen über Spezialfragen zu führen zu sein pflegen, wie die politischen. Meist einige man sich schließlich auf ein Kompromiß. Ich erinnere nur an die deutschen Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Das provisorische Ergebnis wurde vom Jahre 1908 ab jedesmal immer bloß um ein Jahr verlängert. Es ist, ganz allgemein gesagt, natürlich nicht ausgeschlossen, daß wenn der Westpostverein wiederhergestellt wird, auch höhere Tarife für den internationalen Postverkehr vereinbart werden, nachdem eine Reihe der kriegsgefährdeten Staaten ihre Postgebühren nicht unmaßstäblich erhöht hat. Es könnte dann sein, daß man einen dahingehenden Ausgleich antreiben würde.“

„Zusammen“, war ich ein, „gibt es Organisationsfragen, die über den bloßen Spezialnachrichtendienst der Reichspostverwaltung hinausgehen und allen Zentralbehörden mit einem Ministerbeamten-Apparat gemeinsam sind. Ich erinnere nur an die Regelung der Frauennarbeit und die Unterbringung der Kriegsverwundeten nach dem Kriege.“ Der Staatssekretär erwiderte:

„Gewiß ist die Frauenfrage durchaus bedeutsam. Man kann wohl sagen, daß die Post das Meer der Frauen, das sie beschäftigt,

Die Friedensfindung des Papstes.

Die Friedensfindung des Papstes wird auch jetzt, wo sie im Vordergrund steht, von der alldeutschen und konservativen Presse, in teilweise sehr scharfer Form kritisiert und die Bewegungen des Papstes werden mit einer energiegelben Handbewegung zurückgewiesen. Der Vorkämpfer der „Deutschen Tageszeitung“ beispielsweise schreibt: „Wir vermögen in der Durchführung eines solchen Programms nur das Ende des mitteleuropäischen Verbundes und den Ruin in jeder Beziehung des Deutschen Reiches zu erblicken.“ Dieser Vorkämpfer scheint sich indessen nicht die Nähe genommen zu haben, den Text der Rundgebung — um eine „Note“ handelt es sich, dem diplomatischen Sprachgebrauch zufolge, nicht — noch einmal zu prüfen, denn er sagt auch: „Die strittigen Gebietsfragen, unter denen Elb-Fluß-Bringen erwähnt wird, hofft die Note, würden in verständlichem Geiste geprüft werden.“ Wie jeder sich überzeugen kann, ist in dem päpstlichen Dokument Elb-Fluß-Bringen nicht besonders erwähnt, ebenso wenig wie Trient und Triest, und der Papst spricht nur im allgemeinen die Hoffnung aus, die zwischen Italien und Österreich, Deutschland und Frankreich bestehenden „strittigen territorialen Fragen“ möchten in verständlicher Stimmung geklärt werden. Er fügt hinzu, es möchte dabei „den Bestrebungen der Völker nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen“ Rechnung getragen werden. Im Originaltext steht das Wort „aspirations“, das allerdings etwas bestimmter und deutlicher ist, als das deutsche Wort „Bestrebungen“, aber die ganze Fassung des Satzes ist so gehalten, daß sie nach allen Seiten hin Wege zu Möglichkeiten offen läßt.

Es scheint uns aber überaus sehr falsch, sich in eine Erörterung der Einzelheiten zu vertiefen. Die zunächst entscheidende Frage ist, wie man sich zu dem stellen will, was der Papst den „Grundgedanken“ seiner Rundgebung nennt. Dieser Grundgedanke geht dahin, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Reiches treten solle und daß ein Einvernehmen über eine gegenseitige und gegenseitige Abrüstung und über die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit der päpstlichen Rundgebung ohne Einschränkung zu glauben, daß der Papst das Ziel, das erreicht werden muß, in ausgereicherter Weise vorgezeichnet hat. Was er als mögliche Friedensbedingungen bezeichnet, die den Weg zu diesem Ziele erschließen sollen, sind Vorschläge und Ideen, die natürlich von den verschiedenen Seiten verschiedenartig angesehen werden, die aber erst in einer weiteren Aussprache nützlich besprochen werden könnten. Die Rundgebung des Papstes einfach abzuweisen zu beantworten, scheint uns, sobald man den „Grundgedanken“ anerkennt, sehr verfehlt. Nicht nur der Wunsch, dem fürchten-

lichen Kriege ein Ende zu machen, sondern auch die politische Klugheit legen es nahe, die Rundgebung in dem Sinne der Friedensliebe und der höheren Vernunft zu beantworten, in dem sie beschlossen und verfaßt worden ist.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amst. G. Berlin, 17. August. (I. U.)

Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 5 Dampfer, 1 Segler, 1 Fischerfahrzeug. Darunter ein unbekannter, bewaffneter englischer Dampfer von mindestens 5500 Tonnen, der englische Dampfer „Tallman“ und der englische Segler „Alchone“, beide mit Kohlenladung, ein unbekannter, bewaffneter französischer Dampfer und das französische Fischerfahrzeug „Renée Marthe“. Ein unbekannter englischer tiefgeladener Dampfer wurde aus Gefangenschaft herangeschaffen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Neue Ernennungen englischer Arbeiterführer zu Ministern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Reuters Bureau aus London meldet, wurden folgende Ernennungen von Ministern bekanntgegeben: John Hodge zum Arbeitsminister, George Roberts zum Arbeitsminister, A. G. Seddes zum Minister für die Zivilienpflicht, Georg Wardle zum Parlamentssekretär für das Handelsamt. Hodge verläßt das Arbeitsministerium, zum Arbeitsminister an Stelle von Barnes zu werden, der sein letztes Amtsjahr erfüllt hat. Hodge ist der unparteilichste unter den Arbeiterführern und Befürworter der Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, besonders in der Frage des Hochschulwesens, in der er durchaus wie die Unionisten denkt. Als Parlamentsminister wird er sich mit den Lebensfragen zu beschäftigen haben. Roberts ist Gewerkschaftsführer und ebenfalls Arbeiterminister. Seddes' Ernennung wurde bereits bekanntgegeben. Die Ernennung eines weiteren Führers der Gewerkschaftsbewegung, Georg Wardle, zum parlamentarischen Sekretär des Handelsamtes beweist, wie notwendig die Arbeiterpartei Wardle George ist. Die Berufung Wardles ist vor der Abstimmung über die Stockholmer Konferenz, die am Dienstag stattfindet, von allgemeiner Bedeutung.

Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Herr v. Müller, hat, nach dem Bericht, morgen abend nach Wien zu gehen und von dort nach Wien zu reisen. Wie wir hören, hat er die Reise zunächst beschlossen.

Rohstoffbeschaffung.

Von Dr. Felix Pinner. [Nachdruck verboten.]

Wer es heutzutage als privater Kaufmann — d. h. ausserhalb des Rahmens des offiziellen Kriegswirtschafts- und Kompensationsverkehrs — unternimmt, Waren aus dem Auslande einzuführen, findet auf seinem Wege Hindernisse, die sich mit den verschiedenen hintereinanderliegenden Linien von Schützengraben im Stellungskrieg vergleichen lassen. Immer wenn der Importkaufmann eine Linie genommen hat, türmt sich vor ihm eine neue, stärkere auf. Da ist zunächst die Einfuhrbewilligung der Fachorganisation des Gewerbes einzuholen, zu dem die einzuführende Ware gehört, dann ist die Einfuhrbewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung erforderlich. Und wenn diese Prüfungen der materiellen Zweckmäßigkeit der Einfuhr — oft nach harten Kämpfen mit St. Bureaurokras — überstanden sind, beginnt der Passionsweg zur Reichsbank oder einer der vom Reichskanzler bestimmten Devisenstellen, die allein berechtigt sind, ausländische Zahlungsmittel für den Erwerb der einzuführenden Waren herzugeben. Sogar über eigene Devisen darf der Kaufmann nicht etwa beliebig zur Bezahlung seiner Importe verfügen, auch auf Reichswährung lautende Zahlungsmittel, also z. B. deutsches Geld, dürfen ohne Einwilligung der Reichsbank nicht nach dem Auslande versendet werden. Ja selbst für die Eingehung von Verbindlichkeiten in Reichs- oder ausländischer Währung gegenüber einer im Auslande ansässigen Person oder Firma ist das Siegel der Reichsbank erforderlich. Es gibt Kaufleute, die dem engmaschigen Netz der Zahlungskontrolle entronnen zu sein glauben, wenn sie mit ihren ausländischen Lieferanten direkt oder durch Vermittlung von Geldinstituten die Vereinbarung getroffen haben, dass die zu liefernden Waren erst nach Friedensschluss bezahlt zu werden brauchen. Geführt auch hier ist die dritte Hindernislinie nicht durch ein strategisches Manöver umgangen. Der § 4 der Bekanntmachung des Bundesrats über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande macht schlechthin die Eingehung von Verbindlichkeiten gegenüber einer im Auslande ansässigen Person von der Einwilligung der Reichsbank abhängig und enthält keine Beschränkung für die Kriegszeit. Diese Formulierung ist zweifellos auch mit Vorbedacht gewählt worden, und sie entspricht den Bedingungen des Währungsbeschutzes. Das Valutaproblem löst sich nicht automatisch mit dem Kriegsende, sondern erst dann wird man überhaupt an die Heilung der Krankheit, die sich in den Kriegsjahren nur mit Palliativmitteln an den schlimmsten Symptomen behandeln liess, ernsthaft herangehen können. Wollte unsere Finanzierung nur für die Kriegszeit überflüssige Zahlungen nach dem Auslande verhindern, aber ruhig mitaushalten, dass Verbindlichkeiten auf einen Zeitpunkt kurz nach Beendigung des Weltkrieges gelöst werden, in dem unsere Zahlungsmittel erschlaffen, unsere Währung noch immer schonungsbedürftig ist, so würde sie die Bedingungen der Heilung verschlechtern.

So ist so das Geltungsgebiet der Vorschrift, die die Eingehung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland unter Kontrolle stellt, so weit umgrenzt, als nur irgend denkbar, und muss diese für den einzelnen manchmal lästige und schädigende Beschränkung der Handlungsfreiheit im Interesse der Gesamtheit der Volkswirtschaft grundsätzlich gutgeheissen werden, so lässt sich doch nicht leugnen, dass sie auch Forderungen stellen kann, die im Interesse des schnellen und gesunden Wiederaufbaus unserer national- und weltwirtschaftlichen Fundamente eigentlich eher Förderung verdient. Ich denke hier in erster Linie an die sogenannten Vorverkäufe, die für die ersten Friedensjahre schon jetzt abgeschlossen werden könnten mit dem Ziele, unserer Industrie oder doch vielen darauf angewiesenen Industriezweigen ausländische Rohstoffe zum möglichst schnellen Bezug und in ausreichendem Umfange sicherzustellen. Diese Vorverträge, bei denen in nicht nur die Bezahlung ganz oder zum grössten Teil erst nach Beendigung des Krieges zu erfolgen hat, sondern auch die Lieferung der bestellten Waren, fallen gleichfalls unter den § 3, Abs. 2 der Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande, und die in ihrem Rahmen eingegangenen Verbindlichkeiten bedürfen der Zustimmung der Reichsbank. Nun kann man wohl diesem Institut das Vertrauen entgegenbringen, dass es seine Einwilligung in allen Fällen, in denen Gründe der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit für den Abschluss von Vorverträgen sprechen, nicht versagen wird. Schon die Notwendigkeit, eine Behörde zu fragen, sich mit Formalien und langen Auseinandersetzungen abzugeben, wird aber manchen Importkaufmann davon abhalten, Geschäften nherzutreten, die er sonst in kaufmännisch freier Weise erledigen könnte; und dies unsonst, als auch sonst seitens unserer für die Uebergangswirtschaft verantwortlichen Stellen nichts getan ist, um derartige Vorverkäufe zu fördern, aber vieles, um sie den ursprünglich zu ihrem Abschluss Geneigten zu „verekeln“.

Unsere Uebergangswirtschaft geht einzig und allein oder doch zu sehr von dem Gedanken aus, die Einfuhr nach Kriegsbeendigung zu beschränken und demgemäss die nach Massgabe des vorhandenen Schiffsraums und des Valutastandes zu beziehenden Waren auf die verschiedenartigen Verbraucher oder Verarbeiter partitioniert zu verteilen. Als das Hauptproblem erscheint dieser Uebergangswirtschaft die Kontingenzfrage, während ein nicht minder wichtiges, vielleicht noch wichtigeres Problem die Sicherung und Herbeischaffung einer für unsere Bedürfnisse genügenden Menge von Rohstoffen bilden wird. Der jetzt drei Jahre währende Krieg hat nicht nur die Rohstoff- und Warenlager in aller Welt geleert, er hat auch die Produktionskräfte für viele Friedenserzeugnisse auf verminderte Tornzahl gestellt. Es wird allenfalls ein grosser Hunger nach Rohstoffen sich geltend machen, und die aus vielen Erneuerungsbedürfnissen resp. Nachfrage wird das Angebot beträchtlich überdecken. Das Land, das am meisten und am schnellsten Rohstoffe erhalten kann, wird auch in der Lage sein, seine Produktion am raschesten wieder zu kräftigen, seinen Export wiederherzustellen und damit auch seine Valuta zu sanieren. Den letzteren Erfolg wird es auf dem genannten Wege vielleicht besser erreichen, als wenn es seine Produktion durch künstliche Einschränkungen der Rohstoffeinfuhr in einen Glaskasten setzte. Man möge mich nicht missverstehen. Die Kontingenzierung der Einfuhr und ihrer Verteilung auf die Verbraucher muss gewiss in jedem Falle als eine der Grundlagen der Uebergangswirtschaft betrachtet werden, gleichgültig ob wir eine freiwillige Einschränkung aus Valutagründen vornehmen oder eine Zwangseinschränkung, weil wir aus Warungsmangel nicht alle Rohstoffbedürfnisse befriedigen können. Aber diese Kontingenzierung ist eine Sache zweiter Ordnung, eine Massnahme der Verwaltung, der Verteilung, des Interessenausgleichs, keine Massnahme der geschäftlichen Produk-

tivität und Aktionskraft. Erst muss man Waren beschaffen, dann kann man daran gehen, sie zweckmässig zu verteilen. Die Nebenfrage darf die Hauptfrage nicht überwiegen, und in der Angelegenheit der Vorkäufe ist Grund zu der Annahme vorhanden, dass das bis zu einem gewissen Grade gesehene ist. Hat man sich doch bisher nicht dazu entschliessen können, eine Entscheidung darüber zu treffen, wie Vorkäufe zu behandeln sind, ob die durch sie herbeigeschafften Waren den Käufern für ihre Betriebe belassen, ob sie ohne weiteres und ohne besondere Gegenleistung in den allgemeinen Kontingenzierungskessel geworfen, oder ob sie den Erläuterungen gegen Gewährung eines angemessenen Zwischengewinnes für die Gesamtversorgung abgekauft werden sollen. Die noch immer bestehende Unsicherheit hat natürlich viele davon abgehalten, überhaupt Vorkäufe abzuschliessen, denn es musste ihnen zwecklos erscheinen, ein so grosses Risiko einzugehen, wenn sie noch dazu Gefahr liefen, den eventuell zu erwartenden Nutzen der Verträge mit anderen, die sich im Vertrauen auf die offizielle Rohstoffbeschaffung passiv verhalten hatten, teilen zu müssen. Ja, es sollen sogar in manchen Fällen bereits abgeschlossene Vorkäufe an Ausländer weiterverkauft worden sein, da sich dies mit grossem Nutzen bewerkstelligen liess, während ein entsprechender Gewinn bei der Verwertung dieser Vorkäufe für den deutschen Markt bei der Unsicherheit zu erwartenden Regelung zweifelhaft erschien.

Wenn auch eine der Hauptvoraussetzungen für den Abschluss nützlicher Vorverträge durch den Krieg mit Amerika in Fortfall gekommen ist, war es doch durchaus erwünscht, dass in dieser Frage bald eine Klarheit, und zwar in einem die Vorkäufe begünstigenden Sinne geschaffen würde. Das Recht völlig freier Ausnutzung der vorgekauften Mengen wird man zwar dem Käufer nicht gehen können, aber man wird ihm die Wahl lassen müssen zwischen der Ausnutzung wenigstens eines Teils dieser Mengen in seinem Betriebe oder der Abtretung der ganzen Quanten an die Gesamtwirtschaft gegen Gewährung eines ausreichenden Bonifikationsgewinns. Von der erstgenannten Eventualität werden hauptsächlich Industriellen unternehmungen Gebrauch machen, von der zweiten vornehmlich Handelsfirmen. Gerade den letzteren würde so ein Gebiet eröffnet werden, auf dem sie zugleich eigene geschäftliche Erfolge erzielen und der Gesamtwirtschaft erspriessliche Dienste leisten könnten.

Der deutsche Handelstag zur Frage der Uebergangswirtschaft.

Der Ausschuss des deutschen Handelstages hat zur Frage der Rohstoffversorgung nach eingehender Beratung eine Erklärung abgegeben, der wir folgendes entnehmen:

Die Rohstofffrage darf nur soweit gekemmt werden, wie es für die Verteilung des Rohstoffes der deutschen Schifffahrt und der Eisenbahn und für die Hebung des deutschen Geldverkehrs erforderlich ist. Notwendige Einschränkungen sind vorzugsweise bei anderen Waren als wichtigen Rohstoffen vorzunehmen und sollten nur durch allgemeine Einfuhrverbote oder Einfuhrbeschränkungen ermöglicht werden. Die Einfuhr von Rohstoffen sollte durch die Verweigerung von Zahlungsmitteln bei einzelnen Geschäftsabschlüssen zu hemmen, vielmehr ist die Bezahlung der Einfuhr mit Devisen und die Kreditgewährung für den Handel und Industrie zu fördern. Die jetzt gültige Devisenordnung vom 8. Februar 1917 bedarf einer Änderung für die Uebergangswirtschaft. So lange die Rohstofffrage beim Uebergang zur Friedenswirtschaft anhält, ist aus sozialen Gründen eine unbilligige Verteilung der Rohstoffe nach der Leistungsfähigkeit der Betriebe und dem Umfange ihrer Beschäftigung in der letzten Friedenszeit auf die Grundlage von Bezugsrechten durch die Verteilung von Rohstoffen zuzuführen, die von den einzelnen Industrien selbst einzuziehen und gemeinsinnig zu verwalten sind. Die Verteilungsstellen der Industrie sollen die Rohstofffrage nach Möglichkeit mit der freien Hand überlassen, der Einfluss des Staates auf die industrielle Verteilung stellen ist auf die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen zu beschränken. Die Rohstofffrage darf nicht als soziales Problem betrachtet werden, sondern ohne gesetzliche Ermächtigung benutzte Vorkäufe von Rohstoffen durch einzelne Industrielle und Händler sind von der Verteilung nach Marktregeln zu übernehmen. Die Einkaufskosten höher als der Marktpreis, ist die Ware zu den Einkaufskosten zu übernehmen oder dem Einkäufer ohne Anrechnung auf sein Bezugsrecht nach Möglichkeit zu überlassen. Die Verteilung der einzelnen Industrien sollen sofort mit dem Kriegsende aufgeführt werden.

Die in der vorstehenden Erklärung vorgeschlagene Regelung der Frage des Vorkaufes, die als ein Kompromiss zwischen zwei verschiedenen Anschauungen bezeichnet wird, erscheint uns deswegen nicht als sonderlich glücklich, weil sie sich zu sehr auf den Begriff des Marktpreises stützt, während es doch bezüglich der Marktpreise wenig zweifelhaft ist, ob kurz nach dem Kriegsende bereits ein wirklich zuverlässiger Marktpreis, an dem es ja auch im Kriege häufig gefehlt hat, wiederhergestellt sein wird.

An der Börse

Die Tendenz heute nicht einheitlich. Die an die Friedensnote des Papstes geknüpften Erwartungen wiesen zuerst eine gewisse Abkühlung für die Rückgangswerte hervor, von denen sich die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik später aber wieder befreiten. Die Marktpreise waren wenig verändert, besonders die führenden, für manche Papiere, so die Aktien der Hoesch-Ges., der Stahlwerke Becker, Lindenberg usw. nach Nachfrage hervor, andere wiederum, wie die Aktien der Stahlwerke von Zepen und der Wittener Glaswerke, der Oberschlesischen Kokswerke und der Bismarck-Hütte, gaben nach. Von Automobilwerten waren die der Daimler- und Horch-Werke geleistert, Schiffahrtswerte, Petroleum- und Kalkaktien konnten zum Teil etwas höher werden. Auf dem Markte der Spezialverleber überwiegen die Korbseisenwaren.

Table with 4 columns: Aktienmarkt, Rentenmarkt, Wechselmarkt, Valutawechselmarkt. Includes entries like Bayerische Bank, Reichsbank, etc.

Am Geldmarkt stellte sich tägliches Geld auf 4 pCt. Der Privatdiskont wurde um 1/4 pCt. und darunter gesenkt.

Zulassungsstelle der Berliner Börse. Wie verlautet, wird die Zulassungsstelle der Berliner Börse ihre Tätigkeit demnächst wieder aufnehmen und sich besonders mit der Zulassung neuer Emissionen bereits an der Börse gehandelter Wertpapiere befassen.

Dividenden und Abschlüsse. R. Akt.-Ges. Meggerer Walzwerk: Nach von der Verwaltung als reichlich bezeichneten Abschreibungen (1916/17: 301 834 M.) ergibt sich ein Reingewinn von 662 270 M. (658 357). Hieraus wieder 15 pCt. auszuschütten bestimmt. Vergütung für 1917/18: 100 000 M. Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk: Nach Abschreibungen von 381 457 M. (391 016: 384 367) und Rückstellungen von 215 000 M. (-) wieder 15 pCt. aus 718 519 M. (417 560) Ueberschuss. Das Werk hat nach Mitteilung der Verwaltung andauernd gut beschäftigt. Metallwarenfabrik Haerre in Schmalkalden: 15 pCt. (12 pCt.). Vereinigte Stahlwerke von der Zypen und Wiscaner: 15 pCt. (10 pCt.).

Die Reichsbank in Kriegszeit.

Der per 15. August 1917 abgeschlossene Status zeigt im Vergleich mit dem Vorjahre folgendes Bild (in 1000 M.):

Table showing Reichsbank assets and liabilities. Columns: Gegen die Vorvorbe, Aktiva, 1917, Gegen die Vorvorbe. Rows: Metallbestand, Davon Gold, Kassenscheine, etc.

Die gesamte Anlage der Bank hat in der zweiten Augustwoche um 332,5 Mill. M. zugenommen, die bankmässige Deckung für sich allein um 336,3 Mill. M., nämlich von 11 023,2 Mill. M. auf 11 359,5 Mill. M. Um einen noch etwas höheren Betrag, nämlich um 349,6 Mill. M., haben sich gleichzeitig die fremden Gelder erhöht, so dass im Stande der Bank ein Zufluss von erheblichen Zuzahlungen der Anlagen kaum eine Änderung eingetreten ist. Die Summe der fremden Gelder beträgt nunmehr 680,4 Mill. M. Bei den Darlehenskassen erhöhte sich der Bestand der ausliegenden Darlehen um 40,2 Mill. M. auf 5473,9 Mill. M. Da die Bank genötigt war, dem Verkehr in der Berichtswache 43,2 Mill. Mark an Darlehenskassenscheinen zuzuführen, verstärkte sich ihr eigener Bestand nur um 1 Mill. auf 530,5 Mill. M. Daneben machte der Zahlungsmittelbestand die Ausgabe von 28,7 Mill. M. an Banknoten erforderlich. Der gesamte Notenumlauf auf der Reichsbank wuchs dadurch auf 834,4 Mill. M. an. Der Goldbestand bezifferte sich am 15. August auf 2402,462 462 M. gegen 2402,462 277 M. am 7. August. Die Goldablieferung aus dem Verkehr wurden wiederum nahezu ungeändert durch Goldabgaben aus dem Ausland zum Zwecke der Bezahlung notwendiger Einfuhr. Der Bestand der Bank an Scheidemünzen nahm von neuem erheblich zu. Weitere Rücklieferungen bisher aufgespeicherter Münzen steigerten ihn von 59,4 Mill. M. am 7. August auf 87,1 Mill. M. am 15. August. An Reichskassenscheinen strömten 268 000 M. in die Reichsbank zurück.

In der Angelegenheit des Staatenscheitensverbandes werden Mitte der nächsten Woche ernste Beratungen stattfinden, nachdem eine Anzahl von Werken es abgelehnt hat, bis zu dem 15. August abgelaufenen Frist den Verbandsvertrag nachträglich zu unterzeichnen.

Der Ausschuss des deutschen Handelstages hat zur Frage der Rohstoffversorgung nach eingehender Beratung eine Erklärung abgegeben, der wir folgendes entnehmen:

Table showing Bank of England assets and liabilities. Columns: Gegen die Vorvorbe, Aktiva, 1917, Gegen die Vorvorbe. Rows: Notenumlauf, Wechselbestand, Guthaben der Privatbanken, etc.

Das Prozentverhältnis der Reserven zu den Passiven beträgt jetzt 18,3 pCt. (1916: 17,9 pCt.). Der Clearingumsatz stellt sich auf 292 Mill. (gegen die entsprechende Woche des Vorjahres mehr 65 Mill.).

Amerikanische Kabel-Telegramme.

New-York, 17. August. (Verhört.) Nach unregelmässiger Prüfung des in der Vorwoche in der Kontinentalen Zeitung, die sich beträchtliches Angebot geltend machte. Unter Deckmantel vorübergehend eine Erhöhung in der Erscheinung, gegen die Zahlungsmittel der Ausgabe von 28,7 Mill. M. an Banknoten bewegung. Kolonnenwerte waren gedrückt auf Befürchtungen über Massnahmen der Regierung, vermochten sich aber auf Deckungsstellen etwas zu erholen. Der Aktienmarkt bezifferte sich auf 336 000 Sterl.

Table with 4 columns: New-York, 17. August, Privat-Kabeltelegramm, 17. 8., 16. 8. Includes entries like Tendent Gold, Gold a. 30 Stunden, etc.

Berliner Handelsregister.

Eintragungen vom 16. August 1917. Abt. A: Emil Ruppelt & Co., Mohrenstr. 10. Para. haft. Ges. d. Karl Böhm u. Emil Ruppelt sowie Wilhelm Werhahn Jr. Westph. 18. 8. 17. Neue Kommanditisten sind hinzutreten — M. Westph. Abt. B: Herlitz-Tempelhof-Brossier, 33. Ges. d. Martin Westphal u. Charlotte Westphal geb. Brietz. Beginn 18. 8. 17. — Südweim. Import-Gesellschaft Seidemann & Co., Berlin-Schöneberg. Gesellschaft des Ges. d. Samuel Seidemann u. Flora Seidemann geb. Herlitz. Beginn 18. 8. 17. — Max Mayr & Co. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Max Mayr. — Franz Scherrer Bureau für Stockh. und K. u. F. Gewerbe. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Fritz Scherrer. — Schmidt & Schwintzer. Inh. ist jetzt Oskar Schmidt, seine Prokura ist gelöscht. — Gelöscht sind die Firmen: Fritz W. Hanf, Hermann Lorenz u. Co. Die Ges. ist aufgelöst. Abt. B: Lea Akt.-Ges. Vorstandsmittelpf. Dr. Emanuel Goldberg. — Helvetia Schweizerische Feuerversicherungs-Ges. August Scheidling, Berlin-Spandau. Dir. ist zum Dr. Emanuel Goldberg.